

Rede von Willy Brandt vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen (New York, 26. September 1973)

Legende: Am 26. September 1973 spricht Willy Brandt als erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland (BRD) vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York. In seiner Rede betont Brandt vor allem die friedliche Bestimmung der Europäischen Gemeinschaften und ihren Willen, einen aktiven Beitrag zu einer Politik der Entspannung in Europa zu leisten.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 27.09.1973, Nr. 119. Bonn: Deutscher Verlag. "Rede des Bundeskanzlers, Brandt, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen", p. 7-23.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_vor_der_vollversammlung_der_vereinten_nationen_new_york_26_september_1973-de-d92f3d64-42ee-4e2e-a999-ee665d3f8444.html

Publication date: 03/07/2013

Rede von Willy Brandt vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen (New York, 26. September 1973)

I.

Ich spreche zu Ihnen als Deutscher und als Europäer. Genauer: mein Volk lebt in zwei Staaten und hört doch nicht auf, sich als eine Nation zu verstehen. Und zugleich: unser Teil Europas ist noch nicht viel mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft, aber es will noch in diesem Jahrzehnt zur Europäischen Union zusammenwachsen.

Wir - die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland - sind hier keine Fremden. In den Sonderorganisationen haben wir seit langem mitgearbeitet. Mit fast allen vertretenen Staaten unterhalten wir gute Beziehungen. Hier am Sitz der Vereinten Nationen, in New York, ist uns in den zurückliegenden Jahren viel Verständnis entgegengebracht worden.

Mir liegt daran, unseren Freunden zu danken, die für uns das Wort ergriffen haben, als wir von dieser Stelle aus nicht für uns selber sprechen konnten. Wir werden nicht vergessen, auf wen wir uns verlassen konnten.

Aber ich will dies gleich hinzufügen: Wir sind *nicht* hierhergekommen, um die Vereinten Nationen als Klagemauer für die deutschen Probleme zu betrachten oder um Forderungen zu stellen, die hier ohnehin nicht erfüllt werden können. Wir sind vielmehr gekommen, um - auf der Grundlage unserer Überzeugungen und im Rahmen unserer Möglichkeiten - weltpolitische Mitverantwortung zu übernehmen.

Die Gründung der Vereinten Nationen und die tiefste Zäsur in der deutschen Geschichte waren Ereignisse, die auf eine düstere, freilich auch ermutigende Weise korrespondierten. Die jüngste Geschichte meines Volkes ist mit der Entstehungsgeschichte dieser Weltorganisation wahrhaftig eng verknüpft.

Das deutsche Volk und die beiden deutschen Staaten haben seit 1945 einen weiten Weg zurückgelegt. Und dennoch: die Genugtuung darüber, daß wir hier freundlich aufgenommen werden, ist gemindert durch die Teilung Europas, die sich auf deutschem Boden besonders hart ausprägt und auch immer wieder - bald drei Jahrzehnte nach Kriegsende - Todesopfer fordert.

Freilich, von jenem Teil Europas aus, von dem so viele Spannungen ausgegangen sind, haben wir eine Politik der Verständigung begonnen und entwickelt, deren Ziel es war und ist, die Gräben des Kalten Krieges zuzuschütten.

Ich denke, es hat sich inzwischen gezeigt: Nicht nur Spannung, sondern auch Entspannung kann ansteckend sein.

Als Bundesrepublik Deutschland werden wir - wie es unser Außenminister Scheel nach einer völkerrechtlich verbindlichen Formulierung in der letzten Woche hier betonte - auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Ich sage dies - bei allem Respekt -- wohl wissend, daß uns die Vereinten Nationen dabei nicht wirklich helfen können.

Gerade die beiden deutschen Staaten haben erfahren, daß ihre Zueinanderordnung in gegensätzlichen politischen Gruppierungen und die daraus entstehenden Probleme heute größeres Gewicht haben als das, was man „die nationale Frage“ nennt. Das gilt generell in Europa.

Trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und politischer Ordnungen, durch Vertrag und Überzeugung an verschiedene Bündnisse gebunden, haben die beiden deutschen Staaten beschlossen, eine Politik der friedlichen Nachbarschaft, des Nebeneinander und - wie wir hoffen - des Miteinander zu beginnen.

Wir werden also versuchen, friedliche Koexistenz auf deutsch zu buchstabieren. Bei der Gründlichkeit, die man unserem Volkscharakter zuweilen nachsagt, kann ich nicht versprechen, daß dies immer einfach

werden wird.

Doch wichtiger: Der konsequente Verzicht, Ziele, Interessen, Meinungsunterschiede mit Gewalt zu entscheiden, war das entscheidende Moment, das es brauchte, um in der Mitte Europas Entspannung zu schaffen. Die Verträge von Moskau und Warschau, der Vertrag über die Grundlagen unserer Beziehungen zur DDR, das Abkommen der Vier Mächte über Berlin und, wie ich hoffe, bald auch der - bereits ausgehandelte - Vertrag mit der CSSR bauen auf das Fundament des Gewaltverzichts.

Nicht zuletzt Berlin zeigt die konstruktiven Chancen: Es braucht nicht länger Spannungsherd im Herzen Europas zu sein. West-Berlin ist der Wahrnehmung seiner Interessen durch die Bundesrepublik Deutschland und des Schutzes durch die Drei Mächte sicher, die als oberste Gewalt für Sicherheit und Status unmittelbar verantwortlich bleiben. Was diese Veränderung bedeutet, weiß ganz gewiß der Mann zu würdigen, der während eines kritischen Zeitabschnitts in Berlin als Regierender Bürgermeister in der Verantwortung stand.

Der Gewaltverzicht war das eine Moment unserer Friedenspolitik, Einsicht in die Wirklichkeit war das andere. Diese Einsicht ist manchem bitter geworden. Doch sie war notwendig, um des Friedens willen. Denn Gewaltverzicht und das rechte Verhältnis zur Wirklichkeit sind die beiden Hauptfaktoren einer konkreten Friedenssicherung.

Damit wurde das Feld für die nächsten Schritte bereitet. Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sollen eine neue Grundlage finden.

Der bilaterale Gewaltverzicht ermutigt uns zu einer zweiten, multilateralen Phase europäischer Diplomatie, die auf der Basis dessen, was geworden ist, eine wirkliche Veränderung des Verhältnisses der europäischen Staaten zueinander will: Durch wachsende Sicherheit vor militärischer Bedrohung; durch intensiven wirtschaftlichen und technischen Austausch; durch die Begegnung der Menschen; durch bessere Kenntnis voneinander. Mit anderen Worten: durch einen Zustand des täglichen Friedens.

Es wäre in der Tat gut, wenn die Arbeiten von Helsinki, die nun in Genf fortgesetzt werden, bald durch eine Konferenz auf der den Ergebnissen entsprechenden Ebene abgeschlossen werden könnten. Wovon ich hier spreche, wird vielleicht einmal als ein bedeutendes Experiment verstanden werden - und zwar, wie Staaten lernen können, Konflikte zu zähmen und Gewalt abzubauen. Sollte es gar gelingen, durch vertrauensbildende Schritte jene ungeheuerliche Verschwendung zu mindern, die das Ergebnis des Mißtrauens zwischen antagonistischen Systemen ist, dann würden wir damit ein historisches Beispiel gesetzt haben.

II.

Sicherheit kann nicht durch Vertrauen allein entstehen: Auch das ist eine Realität. Diese Feststellung braucht gleichzeitig Umkehrung: Vertrauen entsteht durch Sicherheit.

Ein bedeutender Amerikaner sprach in dieser Stadt vom drohenden „nuklearen Totentanz“. - Nun, die beiden Weltmächte, in deren Händen sich die bei weitem stärksten Mittel der Zerstörung befinden, haben kürzlich ein Abkommen geschlossen, mit dessen Deutung mancher noch beschäftigt ist, das aber ganz gewiß dem Totentanz vorbeugen soll.

Jenes Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion orientiert sich an dem Prinzip des Gewaltverzichts und an der Anerkennung von Realitäten. Es bedeutet - wie ich es verstehe - aktive Koexistenz und wohl auch eine Antwort auf die Forderungen, die von den nicht-nuklearen Staaten auf der Konferenz in Genf 1968 gestellt wurden.

Damals wurden von den Kernwaffen-Staaten konkrete eigene Verpflichtungen gefordert. Ich meine auch heute: Wer Macht hat, zumal atomare Macht, der hat noch nicht die Moral auf seiner Seite, auch nicht die Weisheit. Die *großen* Gefahren für die Menschheit gehen von den großen Mächten aus und nicht von den kleinen.

Es muß eine Definition von Pflichten geben, denen sich die Kernwaffen-Mächte zu unterwerfen haben.

Wenn jedoch die beiden Weltmächte den Frieden nicht garantieren, wer könnte es an ihrer Stelle?

Keine der beiden, die ich nannte, ist heute ersetzbar in ihrer Verantwortung, und keine von beiden kann sich aus dieser Verantwortung lösen.

So findet unsere Welt heute ihr Gleichgewicht. Aber sie kann für diese schwierige Balance auf das spezifische Gewicht der Volksrepublik China, Japans, der Europäischen Gemeinschaft nicht verzichten. In diesem System wird die unverwechselbare Rolle Lateinamerikas, der afrikanischen Staaten, des indischen Subkontinents und der anderen Partner in Asien wirksam.

Macht ist nicht beliebig qualifizierbar. Es gibt für sie eine Grenze der Expansion - eine Grenze, an der sich Macht in Ohnmacht verwandelt. Aber: Détente ist nicht gleich Disengagement, und sie darf jedenfalls nicht Desinteresse sein, wenn nicht neue Spannung geschaffen werden soll.

Am Ende des Kalten Krieges kann es, in meinem Verständnis, weder Sieger noch Besiegte geben. Der Friede darf in Wahrheit, wenn man ihn gewinnen will, nicht Sieg des einen und Niederlage des anderen verlangen, sondern nur den einen Sieg der Vernunft und der Mäßigung erstreben.

Im übrigen: Auf Gewalt oder Androhung von Gewalt sollten alle Staaten untereinander verzichten - gleichviel, ob sie Atomwaffen besitzen oder nicht. Dies kann, wenn wir entschlossen genug sind und Glück haben, durch ein geeignetes Zusammenfügen internationaler Vereinbarungen zustande gebracht werden.

Die einzige legitime Ausnahme bliebe das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Satzung.

Meine Regierung ist bereit - ich will dies deutlich sagen - an einem Abkommen mitzuwirken, das in der Atlantischen Allianz vorbereitet wird, um eine ausgewogene Verminderung von Streitkräften und Waffensystemen möglich zu machen. Das wird nicht von heute auf morgen möglich sein, aber es muß hieran ernsthaft und beharrlich gearbeitet werden.

Dabei geht es nicht nur um die Chance Europas. Es geht um die Chance der Welt, einen Zustand zu schaffen, der es erlaubt, unsere Aufmerksamkeit und die Kraft unserer Staaten den großen Problemen von morgen zuzuwenden. Ich darf fragen: Wenn es der Welt nicht gelingt, die Gewalt zurückzudrängen und schließlich wirksam zu ächten, wie will sie dann die Friedensprobleme lösen, die - frei und fern von Gewalt - alle unsere Energien verlangen?

III.

In einer Welt, in der zunehmend jeder auf jeden angewiesen ist und jeder von jedem abhängt, darf Friedenspolitik nicht vor der eigenen Haustür haltmachen. Kleine Schritte können, wie die Erfahrung zeigt, recht weit führen.

Vermittlung und Ausgleich in Streitfällen messen wir eine besondere Bedeutung zu. Die Stärkung der internationalen Gerichtsbarkeit, die Festigung und Fortentwicklung des Völkerrechts verdienen nach unserem Urteil die engagierte Aufmerksamkeit dieser Versammlung.

Unsere Welt ist im Aufbruch und im rapiden Wandel. Viele ihrer explosiven Probleme und Konflikte übertragen sich epidemisch durch das enge Zusammenrücken von Staaten und Kontinenten. Konflikte können, wie der zur Nutzung der Mittel der Politik unwillige oder unfähige Terrorismus dieser Zeit zeigt, durch die Verletzbarkeit hochentwickelter Gesellschaften unübersehbare Folgen haben.

Das Stichwort von der „vorbeugenden Konfliktforschung“, die Voraussetzung der „präventiven

Diplomatie", ist von der Einsicht geprägt, daß es nicht mehr genügt, die sogenannten klassischen Motivierungen von Streitigkeiten zu untersuchen: territoriale Ansprüche - ideologischer Herrschaftswille - nationalistischer Ehrgeiz - Versuchungen imperialistischer Dominanz - Schwächen der Sicherheitssysteme - Erschütterungen des Gleichgewichts.

Ich predige kein konfliktloses, kein spannungsloses Dasein: Das wäre eine blutarme Illusion. Ich rede von den fruchtlosen und negativen Konflikten, die uns täglich bestätigen, daß der Mensch in Furcht vor dem Menschen fähig ist, sich selbst zu zerstören. Hier gibt es neue und tiefere Aufgaben der Konfliktforschung. Lassen Sie mich in gebotener Klarheit sagen: Not ist Konflikt. Wo Hunger herrscht, ist auf die Dauer *kein* Friede. Wo bittere Armut herrscht, ist *kein* Recht. Wo die Existenz in ihren einfachsten Bedürfnissen täglich bedroht bleibt, ist es *nicht* erlaubt, von Sicherheit zu reden. Gegenüber der Not darf es *keine Resignation* geben.

Dem Erwecker einer großen Mitgliednation dieser Versammlung verdanken wir das Wort vom „gewaltlosen Widerstand“; es hat seine Kraft nicht verloren. Aber die Wirklichkeit fordert die Ergänzung durch ein Gegenwort, nämlich die Feststellung: Es gibt Gewalttätigkeit durch Duldung, Einschüchterung durch Indolenz, Bedrohung durch Passivität - Totschlag durch Bewegungslosigkeit Das ist eine Grenze, an der wir nicht stehenbleiben dürfen - denn sie kann die Grenze zwischen Überleben und Untergang sein.

Ich habe den Präsidenten jenes lateinamerikanischen Landes nicht persönlich gekannt, dessen Leben vor kurzem durch einen Staatsstreich gefordert wurde. Ich will hier mit allem nur möglichen Nachdruck sagen: So geht es nicht! Oder, wenn man so will: So geht es leider auch ... Aber dann wird eines Tages zu sagen sein, daß Reform erst aus der Revolution werden konnte, nachdem Veränderung durch Reform manchen als nicht akzeptabel erschien.

Mehr und mehr wird man sich der Begrenzungen unseres Weltkreises bewußt. Wir dürfen seine Vorräte - es sei denn, wir wollten uns zum langsamen Selbstmord verurteilen - nicht hemmungslos erschöpfen; wir dürfen seine biologischen Zyklen nicht weiter vergiften lassen.

Es ist wohl kein Zufall, daß der Mensch sich heute, nachdem er seinen Planeten aus der Tiefe des Weltraums gesehen hat, der materiellen und biologischen Bedingtheit der Bewohner dieses doch so kleinen „Raumschiffs“ Erde bewußt wird. Nicht nur innerhalb der einzelnen Staaten, auch weltweit, wird man darum künftig um der Freiheit und Sicherheit unseres Lebens willen auf manches verzichten müssen, was zwar ökonomisch rentabel, gesellschaftlich aber fragwürdig ist. Und manches, das ökonomisch unrentabel zu sein scheint, ist für die Existenz einer modernen Gesellschaft unabdingbar geworden.

Mir ist bewußt, daß man in manchen Entwicklungsländern geneigt ist, die Rohstoffverknappung als eine politische Chance besonderer Art zu betrachten, denn sie mag in den hochindustrialisierten Ländern da und dort zu einem Umschlag vom Überfluß zur Knappheit führen. Aber ich sage: Dies ist kein Grund zur Genugtuung, sondern hier ergeben sich Sorgen für alle - und nicht erst für alle, die nach uns kommen.

Wir müssen nüchtern sehen, daß die Güter dieser Welt nur dann ausreichen werden, unseren Nachkommen eine Existenz zu sichern, die modernen Vorstellungen von der Qualität des Lebens entspricht, wenn wir das Bevölkerungswachstum in verantwortbaren Grenzen halten und wenn wir der sozialen Gerechtigkeit in der Welt näherrücken.

Die bedrückende Ernährungssituation in vielen Teilen der Welt verlangt, daß wir einen Welternährungsplan entwerfen, um - wenn es irgend geht - durch eine integrierende Strategie der Nahrungsmittelproduktion und ihrer Verteilung Katastrophen zu verhindern.

Lassen Sie mich hervorheben: Wir müssen Klarheit gewinnen -und zwar rasch - nicht nur darüber, was an Nahrungsmitteln gebraucht wird, um große Teile der Menschheit vor dem Hunger zu schützen, sondern auch darüber, ob die Staaten die dafür notwendigen Regeln anzunehmen bereit sind.

Und, auf der anderen Seite: Was an Rohstoffen gebraucht wird, um die Qualität unserer Zivilisation zu

garantieren und nach Möglichkeit zu steigern.

Lassen Sie mich in aller Offenheit auch dies sagen: Ob ein Mensch in kriegerischer Auseinandersetzung getötet oder durch Gleichgültigkeit zum Hungertod verurteilt wird, das macht moralisch keinen Unterschied. Wir werden uns entschließen müssen, mit ritualisierten Traditionen zu brechen: Wer den Krieg ächten will, muß auch den Hunger ächten.

IV.

Die Vereinten Nationen - unter der Herausforderung eines nahezu totalen Weltkrieges geschaffen - sind der Spiegel eines uralten Traums der Menschheit. Er wohnt nahe an den Erwartungen des ewigen Friedens der Völker.

Aber die seit fast drei Jahrzehnten UN-trainierten Mitglieder hier wissen mindestens so gut wie wir „Neulinge“: Das Millennium ist 1945 nicht angebrochen; die Vereinten Nationen sind leider nicht - jedenfalls noch nicht - zum Kristallisationskern einer Weltregierung geworden.

Und dennoch: Die Menschheit hat in diese Versammlung der Völker nicht allein ihren guten Willen, sondern auch viele ihrer Sorgen eingebracht. Keine Mitgliedsnation, die ihre Geschichte zu Hause gelassen hätte, als sie hierher kam, ja, die ihre Identität nicht in diesem schwierigen Entwurf einer universellen Repräsentanz der Völker in gewisser Hinsicht bestätigt fände!

Ich erkenne hier einen Zusammenstrom der Perspektiven aller Kontinente. Die Vielgestalt des Lebens und seiner Ordnungen zu begreifen und zu respektieren, ihr den Weg zur freien Darstellung ihrer selbst zu öffnen, dafür Normen zu schaffen, die für alle verbindlich sind - dies scheint mir der zivilisatorische Auftrag der Vereinten Nationen zu sein. Dies ist unsere Hoffnung.

Erst die Vielfalt gibt uns den Anspruch, von einer „Weltgesellschaft“ zu reden. Sie steht in der Spannung zwischen gleichberechtigter Souveränität und gegenseitiger Abhängigkeit in dieser einen, unheilen Welt.

Manche Kritik an den Vereinten Nationen klingt bitter, zynisch, ist von fast jubilierendem Pessimismus - so als hoffe man heimlich, daß die Schwächen der Organisation Idee und Ziel widerlegten. Doch Rückschläge auf dem Weg zu einem Ideal beweisen nicht notwendig, daß jenes Ideal falsch ist, sondern oft nur, daß der Weg besser sein könnte.

Hier ist vieles nicht erreicht worden, was man sich vorgenommen hatte. Dies will ich mit allem Freimut sagen. Aber wir wissen auch, daß viel Elend, Unglück, Tod abgewendet werden konnte.

Hier in dieser Institution wurden immer wieder und unermüdlich Argumente der Vernunft und der Moralität proklamiert, die den Schritt in den Abgrund verbieten. Die Vereinten Nationen sind keine Klinik der Völker, in der unsere Nationen von ihren Neurosen durch geduldige Weltärzte geheilt werden können. Doch was sie schaffen können, ist mehr Solidarität der Völker gegenüber ihren Mitvölkern.

Sie, die Solidarität, ist die Grundforderung, die an die Weltgesellschaft gestellt ist, und sie ist die Voraussetzung ihres Überlebens.

Ich spreche nicht vom utopischen Reich der Gleichheit aller Völker und aller Menschen. Aber: Wer diesen Traum von der Gleichheit niemals geträumt hat, weiß wenig vom Willen zur Gerechtigkeit, der über alle Schranken der Kontinente, der Rassen und der Religionen hinweg womöglich die eigentlich bindende Macht unter uns Menschen ist.

Es gibt Solidarität, doch es gibt sie nicht genug. Ich bitte um mehr Mit-Leidenschaft, wo es um die Opfer der kriegerischen Konflikte geht, die jeden Tag in diesem oder jenem Winkel der Welt aufs neue aufzubrechen drohen. Ich bitte, die Opfer des - zuweilen gleichfalls grausamen - Nichtkrieges dabei nicht zu vergessen.

Auf dem Wege zur Weltbürgerschaft müssen wir Solidarität praktizieren. Von einer humanen Ordnung der Welt wird man erst dann reden können, wenn das Leitwort von der Gerechtigkeit universell verstanden wird.

Lassen Sie mich für die Bundesrepublik Deutschland sagen: Wir werden die Beschlüsse der Vereinten Nationen zur Liquidierung anachronistischen Rest-Kolonialismus unterstützen. Dies gilt nicht zuletzt für den uns benachbarten afrikanischen Kontinent.

Ohne Zusatz und ohne Vorbehalt erkläre ich weiter: Wir verdammen Rassismus als eine unmenschliche Gesinnung und als Ursache schrecklichster Verbrechen. Die eigene Geschichte ist uns hier zur bittersten Erfahrung geworden.

Im übrigen: Wer in dieser Versammlung seinen Sitz einnimmt, muß zu den moralischen Fragen des internationalen Zusammenlebens auch dann Stellung nehmen, wenn die eigenen staatlichen Interessen nicht unmittelbar betroffen sind. Er begegnet dabei zwei anerkannten Grundsätzen, die beide dem Friedenswillen dienen:

Das eine ist der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Das andere ist der Grundsatz der Universalität der Menschenrechte.

Auf die Grundrechte der Charta der Vereinten Nationen dürfen sich nicht nur Staaten, sondern auch Bürger berufen. Dem Frieden kommt es zugute, wenn sich Menschen und Informationen über die Grenzen hinweg möglichst frei bewegen können.

Ich sage weiter: Wenn wir uns zur Verletzung individueller Menschenrechte, über die Unterdrückung der Freiheit kritischer Meinungsäußerung, über die künstlichen Schranken für Menschen und Informationen an den Staatsgrenzen äußern, so ist das entscheidende Kriterium nicht, ob es sich um eine verbündete oder um eine vertraglich befreundete oder um eine weniger befreundete Macht handelt; entscheidend ist, daß wir in diesen Fragen nicht teilnahmslos bleiben - selbst dann nicht, wenn manche Einzelheit undurchschaubar sein sollte.

Eine Politik des Friedens, der Solidarität und der Ablehnung von Gewalt ist unteilbar. Der Konflikt in Südostasien ist noch nicht ausgebrannt, der schwelende Konflikt im Mittleren Osten noch nicht gelöst. Hier wie dort kommt es darauf an, daß gesprochen, daß nicht geschossen wird.

Mir liegt daran, unser Interesse an einem friedlichen Ausgleich im Nahen Osten besonders hervorzuheben. Meine Regierung teilt die Hoffnung, daß die internationale Gemeinschaft vor den Möglichkeiten einer Vermittlung nicht resigniert. Sie meint zugleich, daß vor allem das unmittelbare Friedensgespräch zwischen der beteiligten arabischen Welt und Israel den Ausgleich elementarer Interessen beider Seiten zu sichern vermag.

Der Kampf um den Frieden, der Kampf gegen die Not fordern das Bewußtsein, daß wir in der „einen Welt“ zuletzt einem unteilbaren Schicksal unterliegen. Die Menschheit steht darum gerade hier unter dem Zwang zur Solidarität. Wo anders als in dieser Organisation der Vereinten Nationen sollten wir über die neuen Formen der lebensnotwendigen Zusammenarbeit offen reden können!

Kein Volk darf auf Kosten eines anderen leben. Wer sich diesem Prinzip verweigert, trägt dazu bei, daß wir alle teuer dafür zu bezahlen haben.

Nationaler Egoismus ist kein Schutz. Im Gegenteil: er steht jener Solidarität im Wege, bei der zuletzt auch die natürlichen und legitimen nationalen Interessen am besten gewahrt sind.

Man sollte nicht von „jungen“ oder „alten Völkern“ reden. Es ist realistischer, zwischen jungen und alten Nationalismen zu unterscheiden.

Die unseren - in Europa - sind alt, obwohl ein paar hundert Jahre nur ein paar Atemzüge der Geschichte

bedeuten. Doch glauben Sie mir: Der wilde Traum, das Geschick eines Volkes könne sich nur in ungezügelm Nationalismus erfüllen, ist uns gründlich zerronnen. Wir wurden auf schmerzhaft Weise gewahr, daß es vernünftiger, zuverlässiger Formen des Lebens der Völker geben muß - und daß es sie tatsächlich gibt: nämlich die Ordnung der guten Nachbarschaft.

Die Staaten des europäischen Westens haben sich entschlossen, die erste regionale Gemeinschaft zu begründen, die mehr ist als eine klassische Allianz und die auch keine Unterordnung unter ein ideologisches Reglement bedeutet. Es ist unser Ziel, in diesem Jahrzehnt zu einer Union der Wirtschaft und der Währung, der Sozialordnung und der Außenpolitik und - die Zeichen der Zeit befehlen es - auch der Sicherheit zu gelangen.

Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik, die ich vertrete, stärkt hier in den Vereinten Nationen auch die Präsenz Europas. Wir sind überzeugt, daß dies auch anderen zugute kommt.

Die westeuropäische Gemeinschaft kann ein Beispiel für wirtschaftliche Leistung und sozialen Ausgleich werden. Sie begründet sich als Macht ohne imperiale Ansprüche. Die Europäische Union wird eine Macht des Friedens und zur Welt hin offen sein.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in ihrer Verfassung bereit erklärt, Hoheitsrechte auf übernationale Organisationen zu übertragen, und sie hat Völkerrecht als unmittelbar gültiges Recht dem nationalen übergeordnet. Dies war die Formulierung der Einsicht, daß die Souveränität des Einzelnen wie der Völker nur in größeren Gemeinschaften gesichert werden kann, daß dem Nationalstaat in dieser Welt nicht mehr Sinn und Erfüllung der Geschichte zuzumessen ist.

So will ich am Ende dieser Rede eine Bitte zurücklassen: Seien Sie, seien wir auf der Hut vor der Tabuisierung eines Begriffes, den ich als die vielleicht fragwürdigste Hinterlassenschaft europäischer Geschichte empfinde. Ich meine den Begriff „Nationalismus“, der die Opfer von Millionen und Millionen Menschenleben forderte, in dessen Namen fruchtbare Landschaften verheert, blühende Städte zerstört, Völker ausgerottet und fast eine Zivilisation - unsere eigene - vernichtet wurde.

Europa hat es sich abgewöhnt, der Welt das Maß der Dinge zu sein. Aber es hat Anlaß, die Völker vor dem großen Irrtum zu warnen, an dem es beinahe zugrunde ging: dem negativen Nationalismus. Wir haben uns weithin von dieser Hypnose befreit.

Die Nation findet ihre Sicherung nicht mehr in der isolierten Souveränität. Isolation schafft in Wahrheit Abhängigkeiten, die mit wohlverstandener Souveränität nichts mehr zu tun haben. Wir brauchen den anderen und die anderen; wir brauchen die größere Gemeinschaft, die uns den Frieden, Sicherheit und damit Freiheit gewährt.

Das ist vielleicht noch nicht „die Welt frei von Kriegen“, noch nicht „the world wide rule of reason“, die der Präsident der Vereinigten Staaten am 26. Juni 1945 nach der Verkündung der Konvention der Vereinten Nationen im Opernhaus von San Francisco proklamierte: Aber die Menschheit darf sich nicht von der scheinbaren Unlösbarkeit ihrer riesenhaften und komplizierten Probleme lähmen lassen. Was wir jetzt brauchen, ist ein *Programm des neuen Mutes* der Menschen zu ihren eigenen Fähigkeiten.

Deshalb bitte ich:

1. Laßt uns mutig und miteinander einen neuen Anfang wagen für große Ziele: Konflikte ausräumen, Rüstungen unter Kontrolle bringen, den Frieden sicherer machen.
2. Laßt uns mutig und miteinander dafür kämpfen, daß der Gewaltverzicht allgemein anerkannt wird als Grundsatz für die Lösung politischer Fragen.
3. Laßt uns mutig und miteinander - möglichst viele von uns, wie ich hoffe - und ohne Ermüdung dafür arbeiten, daß die Menschenrechte und Grundfreiheiten in der ganzen Welt Geltung und Respekt finden.

4. Laßt uns mutig und miteinander - möglichst viele von uns, wie ich hoffe - darum ringen, daß die Völker frei über ihr eigenes Schicksal verfügen können, daß die Reste des Kolonialismus überwunden werden und jeder Rassismus geächtet wird.
5. Laßt uns mutig und miteinander darauf achten, daß das Völkerrecht weiterentwickelt wird - auch durch eine wirksame Konvention gegen den Terrorismus.
6. Laßt uns mutig und miteinander das Notwendige tun, um die Welt, in der wir leben, durch Schutz der natürlichen Bedingungen lebensfähig zu erhalten und - auch durch mehr wissenschaftlichen Austausch - der Menschheit die Qualität eines lebenswerten Lebens zu sichern.
7. Laßt uns mutig und miteinander - neben der weiteren Entfaltung des Welthandels - neue Anstrengungen unternehmen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und vor allem: Laßt uns so in der Sammlung aller Kräfte dem Hunger in der Welt unwiderruflich den Kampf ansagen!

Verehrte Delegierte, meine Kollegen und Freunde!

Die Fähigkeit des Menschen zur Vernunft hat die Vereinten Nationen möglich gemacht. Der Hang des Menschen zur Unvernunft macht sie notwendig. Der Sieg der Vernunft wird es sein, wenn eines Tages alle Staaten und Regionen in einer Weltnachbarschaft nach den Prinzipien der Vereinten Nationen zusammen leben und zusammen arbeiten.

Ich werde das nicht mehr erleben. Aber ich möchte dazu noch beitragen. Und ich bitte um jede mögliche Unterstützung, die wir - im Sinne der kleinen Schritte - den uns Nachfolgenden gewähren können.